

## **Die Rückweisung des Sondernutzungsplans Futuro als Chance für die Bewohner von Glarus Süd**

Wie kann der Betrieb der Elm Bergbahnen nachhaltig und langfristig gesichert werden? Wie viel Geld und Sonderbewilligungen sind wir bereit, den Bergbahnen für welche Leistungen zu gewähren? Die Grundsatzantwort auf diese Fragen wird dank des Referendums an der Gemeindeversammlung gegeben werden.

Mit Futuro wollen Investoren und Geschäftsleitung den Anteil der beschneiten Pisten auf rund 50% verdoppeln. Ziel ist es, die Zahl der vermarkteten offenen Pistenkilometer unter schneesportfreundlichen Bedingungen zu erhöhen. So kann der Preis für Tageskarten erhöht werden, was den Rückgang der Betriebstage aufgrund der Klimaerwärmung ausgleichen soll.

Diese Strategie scheint mir insbesondere für die Talabfahrt nicht nachhaltig und nicht rund 20 Millionen öffentliche Gelder wert zu sein. Zwar kann so der Bergbahnbetrieb 10 Jahre lang unverändert weitergeführt werden, der Rückgang der Besucherzahlen, der den verbleibenden Tourismusbetrieb gefährdet, wird jedoch nicht angegangen und die Bewohner bekommen für ihren Investitionen nur höhere Preise.

Das Ungleichgewicht der Einnahmen zwischen Winter- und Sommersaison (90% zu 10%) in Elm ist für Bergbahnen einzigartig. Nur in den Kantonen Wallis und Graubünden mit Bergbahnen, wo die Wintersaison fast das ganze Jahr andauert, sind solche Zahlen zu finden. Bei den meisten anderen Bergbahnen wird ein Gleichgewicht erzielt. Dies kann mit alternativen Wirtschaftsmodellen erreicht werden, wie zum Beispiel dem „Magic Pass“ - einer Art Bergbahn-GA, das die Einnahmen fast unabhängig von Wetter und Schneeverhältnissen macht und den sommerlichen Bergtourismus fördert.

Mehr als 900 Einwohnerinnen und Einwohner von Glarus Süd haben mit dem Referendum gezeigt, dass die Futuro-Lösung teuer und nicht überzeugend ist. Ein Verzicht auf die Talabfahrt würde das Projekt und die entsprechenden Kosten um ca. 25% reduzieren, ohne das Bewilligungsverfahren zu verzögern - es kann weniger gemacht werden als im Baugesuch vorgesehen und dies ist wirtschaftlich wenig relevant.

Eine Rückweisung an der Gemeindeversammlung ist ein Nein zum überdimensionierten, teuren und unpopulären Teil des Projekts, das die Existenz der Bergbahnen nur für 10 Jahre garantiert. Es ist ein Ja für ein familienfreundliches, im Winter und Sommer stark frequentiertes Tal und eine langfristig nachhaltige Entwicklung der Bergbahnen aus wirtschaftlicher, ökologischer und gesellschaftlicher Sicht für mehrere Generationen.